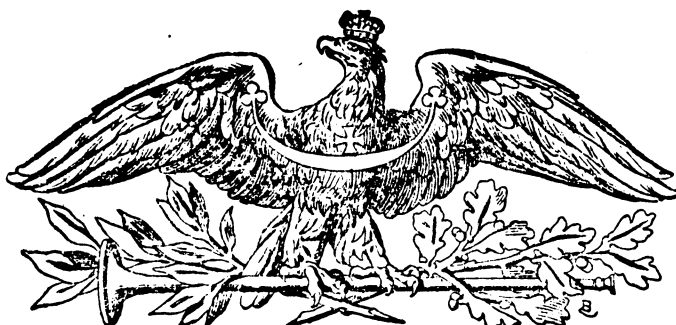




Handels- und zollpolitische Fragen in Genua.

Der Grundfak der allgemeinen Meistbegünstigung.

Genua, 2. Mai. (Spezialbericht des Vertreters des W. T. B.) Die gestrige Sitzung des 1. Unterausschusses der Wirtschaftskommission beschäftigte sich mit dem von Deutschland vorgeschlagenen neuen Artikel 45a, der das Prinzip der allgemeinen Meistbegünstigung enthält. Er lautet: „Für Überwindung der für alle Länder gemeinsamen wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges ist enge wirtschaftliche Solidarität aller Länder dringend erwünscht. Der notwendige erste Schritt hierzu ist die gegenseitige Einräumung des Meistbegünstigungsrechts, besonders hinsichtlich der Zolltarife durch alle Staaten. Die Einführung sollte alsbald erfolgen.“ Zunächst begründete der deutsche Vertreter den deutschen Antrag. Er wies darauf hin, daß der Grundfak der allgemeinen Meistbegünstigung sich in den letzten 60 Jahren zu der Grundlage des gesamten Welt-handels entwickelt hatte und daß diesem Grundfak in erster Linie die großen Fortschritte in der wirtschaftlichen Verflechtung der Länder zu verdanken sind. Heute sei das gegenseitige Prinzip zur Durchführung gekommen: Kollisionskrieg von der einen Seite, erzwingende einseitige Meistbegünstigung von der anderen Seite. 10 Millionen Arbeitslose in der Welt und sinkende Kaufkraft in allen Ländern sind Folge dieses Wirtschaftskrieges. Alle Abwehrmaßnahmen haben nur den einen Erfolg gehabt, die Währungs- und Schuldenländer noch tiefer zu brüden und die Gefahr des erzwingenden Dumping noch zu verstärken. Andererseits konnte es den Schuldnerländern in ihrer Verkaufsnot nicht gelingen, für ihre Exportwaren den vollen Gegenwert auch nur annähernd zu erhalten. Trotz aller Anstrengungen und trotz Überarbeit sinkt mit dem Wert ihrer Münze ihre Lebenshaltung und ihre Kaufkraft von Tag zu Tag. In verhängnisvollem Kreislauf haben sich bisher unter dem Druck dieser feindseligen Wirtschaftspolitik in der Welt alle Abwehrmaßnahmen nur in eine Verschärfung der Kriege gewandelt. In dreierlei Form wird a. B. der Zollkrieg gegen Deutschland geführt. Die erste Form besteht darin, daß für die deutsche Einfuhr nicht der Mindesttarif des Bestimmungslandes, sondern der Generaltarif gilt. Diese Maßnahme wird in ihrer schädlichen Wirkung dadurch verstärkt, daß der Unterschied zwischen Mindesttarif und Generaltarif gegenüber den Friedensverhältnissen sehr stark gesteigert ist. So beträgt in einzelnen Fällen der Zoll des Generaltarifs das 16fache des Mindesttarifs. Schließlich erheben einige Länder daneben noch besondere Zölle, sei es, daß sie sich ausdrücklich gegen Deutschland richten, sei es, daß sie gegenüber allen Ländern mit schlechter Währung erhoben werden. Dieses Schisma hat in den letzten zwei Jahren niemand genutzt und allen geschadet. Darum ist es die oberste Pflicht dieser Wirtschaftskonferenz, ihr Augenmerk darauf zu richten, ob nicht ein anderes System, das schon einmal Europa und die Weltwirtschaft zu einer vorher ungeahnten Blüte erhoben hat, auch jetzt besser am Platze ist, als diese Fortsetzung des Wirtschaftskrieges. Deutschland ist sich dessen wohl bewußt, daß bestehende Verträge nicht geändert werden sollen. Deutschland glaubt aber, daß der gegenwärtige Zustand für alle Völker so schädlich ist, daß ein Mittel gefunden werden muß, um das Prinzip zu verwirklichen, für das sich in den letzten Tagen auch die französische Delegation eingesetzt hat, das Prinzip des wirtschaftlichen Gleichgewichts aller Länder.

Der Vertreter Englands brachte seine volle grundsätzliche Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag zum Ausdruck und wünschte, daß alsbald eine Redaktionskommission zusammentrete, die die Grundgedanken aller Anträge zu einem einheitlichen Ganzen verarbeitete. Er wies darauf hin, daß schon in dem Londoner Memorandum eine Anerkennung enthalten sei, nach welcher sich die Mehrzahl der Londoner Sachverständigen für die Wiederherstellung des Grundfakes der Meistbegünstigung, als ausschlaggebend für den Wiederaufbau der Welt ausgesprochen haben. Wenn vor dem Kriege die Maschine der Weltwirtschaft mit so unvergleichlicher Sicherheit und Leichtigkeit ihre riesenhafte Aufgabe bewältigt habe, so sei das auf das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte, die diese Maschine angetrieben haben, zurückzuführen. Die heutige Ungleichheit, zusammen mit der Unsicherheit der Handelsbedingungen in allen Ländern, sei der Hauptgrund der internationalen Weltkrise. Auch die Beschlüsse der Finanzkommission hätten ergeben, daß nur die Solidarität der Europäer und Antarktis-Länder eine Lösung der brennenden Probleme bieten könne. An derselben Stelle der Diskussion sei nun auch die Wirtschaftskommission angelangt. Die Kenntnisreichsten und einflussreichsten Männer aller Europa-Länder seien hier versammelt. Sie müßten sich darüber klar werden, daß sie an einem Scheitern scheitern. Es bleibe nur die Wahl zwischen einer entschlossenen Rückkehr zu der liberalen Politik gegenseitiger Meistbegünstigung oder einer dauernden Spaltung der Welt in eine Anzahl von Staaten, die einander trotz formellen Friedensschlusses mit Diskrimination, Zollmauern, Einfuhrverboten und dem übrigen Mißbrauch des Protektionismus bekämpfen. Die englische Delegation erklärte in aller Offenheit, daß sie eine Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Beziehungen nur bei Anerkennung der Grundzüge einer liberalen Wirtschaftspolitik für möglich halte. Sie sehe in einer Rückkehr zum Grundfak der allgemeinen Meistbegünstigung nichts anderes als die logische Folge der bisher in der Wirtschaftskommission gefassten Beschlüsse zur Vereinfachung des Handels. Die Krönung des Werkes von Genua müsse sein: equal trade. Der italienische Delegierte erklärte das Einverständnis seiner Delegation mit den Grundfak der vorliegenden Anträge.

Der französische Delegierte entwickelte in der Sitzung am Mittwoch den Standpunkt seiner Regierung, indem er die aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage sich ergebenden Gründe darlegte, die seiner Meinung nach gegen Durchführung des Prinzips der allgemeinen Meistbegünstigung sprachen. Die Vertreter der kleinen Entente sowie Hollands, Belgiens und der Schweiz brachten gleichfalls gewisse Vorbehalte gegen eine schrankenlose Durchführung des Meistbegünstigungsprinzips zum Ausdruck, verneinten aber nicht die grundsätzliche Bedeutung des deutschen Antrages. Die englische Delegation sprach sich erneut mit allem Nachdruck für Anerkennung des Grundfakes der allgemeinen Meistbegünstigung aus. Die Franzosen hatten einen Antrag eingebracht, der sich mit einer Empfehlung des Systems der Handelsverträge und einer Berufung auf den Artikel 23 des Friedensvertrages begnügte. Die Mehrheit der übrigen in der Kommission vertretenen Nationen ging jedoch weiter, so daß die französische Delegation auf ihrem Antrag nicht beharrte. Schließlich wurde ein Kompromißantrag des schweizerischen Delegierten einstimmig angenommen, der lautete: Die Konferenz befähigt den Grundfak einer gerechten Regelung des Handels, wie er im Ar-

tikel 23 der Völkervereinbarung niedergelegt ist. Sie empfiehlt dringend die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen auf Grundlage von Handelsverträgen. Diese sollen einerseits auf dem System der Gegenseitigkeit beruhen, das den besonderen Umständen anzupassen ist, und sollen andererseits in einem möglichst weitgehenden Umfang den Grundfak der Meistbegünstigung enthalten. Der englischen Delegation ist es gelungen, darüber hinaus die Aufnahme einer Anmerkung durchzuführen, in der die allgemeine Durchführung des Grundfakes der Meistbegünstigung als Ziel der überwiegenden Mehrzahl der hier vertretenen Länder bezeichnet wird.

Poincaré — Barthou — Lloyd George.

Eb. Genua, 3. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Genua steht nach wie vor unter dem Eindrucke der dramatischen Kreise Barthous und des traurigen Konfliktes zwischen den beiden mächtigsten Staaten Europas. In Konferenzenkreisen hält man es für unwahrscheinlich, daß Barthou zurückkehren werde, für wahrscheinlich, daß er gleichzeitig mit dem Briefe Lloyd Georges, den er in der Tasche hat, seine Demission überreichen wird. Seine Stellung in Genua scheint unhaltbar. Objektiv gesehen läßt sich die Lage folgendermaßen zusammenfassen: Aus dem Programm, das Poincaré der französischen Delegation übermitteln hat, kann man nichts anderes als den Wunsch herauslesen, dem französischen Geschäftsträger in Genua den Boden unter den Füßen hinwegzunehmen. Barthou ist von einem Teile der französischen Presse vor und bei seinem Eintreffen in Paris heftig angegriffen worden. Man wird ihn opfern und es mag auch sein, daß er selbst verlannt, aus der unumgänglichen Lage, in der er sich in Genua befindet, herauszukommen. Er ist als Geschäftsträger ohne Vollmacht der einzige in Genua nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen, ohne fürchten zu müssen, daß er morgen von seiner eigenen Regierung desavouiert wird. Kein Geschäftsträger kann unter solchen Umständen auf seinem Posten verharren. Barthou ist abgereist, um seine eigene Regierung zu überzeugen, daß die Delegation in Genua in dieser Lage nicht gelassen werden kann. Er selbst gibt sich Rechenschaft darüber, daß unter dem Töne, wie er in Paris angesetzt wird, die französisch-englischen Beziehungen eine unhaltbare Schwächung erfahren müßten. Vielleicht ist das der wahre Grund Poincarés, und Barthou ging, um den französischen Regierungschef auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen. Barthou wird darauf hinarbeiten, seine Stellung zu retten, aber auch das von der Entente zu retten, was noch zu retten ist.

Lloyd George besteht unwavend auf seiner Forderung, daß der Oberste Rat zusammengerufen werden müsse. In den zahlreichen Unterredungen, die er vorher noch mit Barthou hatte und die sich hundertmal ausdehnten, gab er ihm darüber genaue Bestätigung, indem er seinen entschlossenen Willen immer wieder betonte, unausgesetzt der Vorkäuflichkeit und der Gesamtschuld, die von Paris kommen könnten, eine Vereinigung der Signatarmächte von Versailles hier in Genua zusammenzuführen, um über die Maßnahmen zu beraten, die gegen Deutschland angewandt werden können, wenn es am 31. Mai in Vercia kommt. Aber auch Barthou bringt nach Paris nicht nur seine Eindrücke von Genua mit, er überbringt auch ein Dokument von Lloyd George. In diesem wiederholt und bestätigt Lloyd George, daß die Frage der Reparationen im Zusammenhang mit den interalliierten Schulden erörtert werden müsse. Der Appell des Premierministers, dessen Träger Barthou geworden ist, schlägt also die Einladung ein, erwirkte dieses Projekt der Wiederdurchführung der Reparationen und der interalliierten Schulden gemeinschaftlich zu prüfen, wie es von dem englischen Finanzfachverständigen Sir Blacett ausgearbeitet worden ist.

Die Haltung der Russen.

Eb. Genua, 3. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Zu der Stellung, welche die Russen gegenüber dem Memorandum einnehmen werden, läßt sich schon jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß eine glatte Annahme ausgeschlossen ist. Sie drehen den Spieß um, indem sie ihre Bedingungen in den Vordergrund rücken und nun sagen, mit dem Memorandum hätten die Mächte die russischen Vorschläge, wie sie in Tschichirin Briefen an Lloyd George am 20. April formuliert wurden, abgelehnt. Rußland hätte sich bereit erklärt, heißt es in der halbamtlichen Auslassung, die Vorkriegsschulden zu übernehmen, was zum Heile der kleinen Sparrer gemein wäre. Gleichzeitig habe aber Rußland die Entschädigung für die während der Revolution nationalisierten Güter verworfen. Eine solche Kombination hätte also die großen Massen der kleinen Gläubiger befriedigt und nur die Wünsche einer ganz geringen Zahl von Kriegsgewinnlern außer Acht gelassen. Die Mächte aber wollten nun eine flagrant Verletzung der kleinen Sparrer begehen, indem sie diese Kombination zurückwiesen.

Die tritische Lage für Frankreich.

* Paris, 4. Mai. (Spezialdienst aus Genua.) Von unserem H.-Sonderberichterstatter.) Mitglieder der französischen Abordnung in Genua erklären dem „Matin“-Vertreter, daß die Lage für Frankreich außerordentlich schwierig sei, wenn Frankreich die Ursache des Scheiterns der Verhandlungen mit Rußland wäre. Die französischen Delegierten glauben, daß der Abbruch der Konferenz von Genua für Frankreich ein schlechtes Geschäft wäre, zumal man sagen müsse, daß das Memorandum an die Russen sich sehr stark dem französischen Standpunkt näherte, besonders in der Frage der Wiederherstellung der Kriegsschulden. Große Interessen Frankreichs würden geopfert werden, wenn die Konferenz scheiterte. Die französischen Delegierten sind einstimmig der Ansicht, daß man in Brüssel große Anstrengungen machen müsse, um den belgischen Standpunkt mit dem der anderen Mächte in Einklang zu bringen. Eventuell könnte man in das Memorandum einen Vorbehalt aufnehmen, um dem belgischen Standpunkt Rechnung zu tragen.

Birth und Rathenau bei Lloyd George.

Genua, 4. Mai. Reichsminister Dr. Birth und Außenminister Dr. Rathenau sind für Donnerstag vormittag von dem englischen Ministerpräsidenten zu einer Besprechung gebeten worden. Es handelt sich um eine Aussprache über die innere Lage Deutschlands im Zusammenhang mit der deutschen Außenpolitik. Man wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß Birth und Rathenau in dieser Besprechung auch das Reparationsproblem ansprechen werden.

Das Memorandum an Rußland.

(Schluß.)

VII. Um die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit der Fremden in Rußland anzuregen, um den ausländischen Staaten Rußlands gegenüber die vorher in der Einleitung genannte Hilfe zu ermöglichen und folglich die Wiederherstellung dieses Landes zu erleichtern, nimmt die russische Sowjetregierung, was das Privateigentum anbelangt, die folgenden Maßnahmen an:

Unbeschadet des ihr von den Resolutionen von Cannes zuerkannten Rechtes, nach ihrem Willen im Innern des Landes die Eigentums- und Wirtschaftsformen und die Regierungsform zu organisieren und sich selbst das System zu wählen, daß sie in dieser Beziehung vertritt, anerkennt die russische Regierung in Gemäßheit der genannten Resolutionen ihre Verpflichtung, alle ausländischen Interessen an Verlusten oder Schäden, bewirkt durch die Tatsache der Konfiskationen oder des Sequesters von Eigentum, zurückzugeben, wieder herzustellen oder, im Falle das nicht geschieht, zu entschädigen. Im Falle, wo der vorherige Besitzer nicht in die Besitzrechte gesetzt werden kann, die er vorher besaß, wird die russische Sowjetregierung eine Ersatzleistung bieten müssen. Im Falle des Nichtzustandekommens einer Einigung zwischen den früheren Besitzern und der russischen Sowjetregierung bezüglich der Art und des Betrages der Ersatzleistung wird dem früheren Besitzer die Möglichkeit gegeben, dem nachfolgenden bezeichneten gemischten Schiedsgericht die Frage zu unterbreiten, ob die von der russischen Sowjetregierung angebotene Ersatzleistung gerecht und befriedigend ist. Wenn das gemischte Schiedsgericht entscheidet, daß die Ersatzleistung gerecht und befriedigend ist, wird sie vom früheren Besitzer angenommen werden müssen; wenn aber das Schiedsgericht entscheidet, daß die Ersatzleistung nicht gerecht und befriedigend ist und wenn die russische Sowjetregierung und der vorherige Besitzer noch keine Verständigung bezüglich der Ersatzleistung erzielt haben, wird dem vorherigen Besitzer von der russischen Sowjetregierung zur Wahl gestellt werden, den Rückbruch des Eigentums zu übernehmen unter für ihn mindestens so günstigen Bedingungen hinsichtlich alles dessen, was sein gebrauchsfreies Verfügungsrecht anlangt, wie sie in seinem vorherigen Recht bisher leitend gewesen sind. Wenn jedoch der gemischte Schiedsgerichtshof entscheidet, daß die Gewährung des Rückbruchs praktisch unmöglich ist, daß eine Entschädigung gewählt werden muß, wird deren Betrag, im Falle keine Einigung erzielt wird, von dem gemischten Schiedsgerichtshof festgelegt werden und in Gutachten ausbar sein. Wo die russische Sowjetregierung das Eigentum nicht zurückgeben kann, wird sie nicht das Recht haben, es später anderen Konfessionären zu übertragen. Wenn die russische Sowjetregierung später die Absicht hat, zu einem solchen Übertrag zu schreiten, wird den vorherigen Besitzern ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden müssen.

Wenn die Rückgabe des Eigentums nur erreicht werden kann, indem man es einer allgemeinen Wirtschaftsgemeinschaft einverleiht, wird die vorstehende Maßnahme nicht angewandt werden; aber der vorübergehende Besitzer wird das Recht haben, an dieser Gruppe nach Maßgabe seiner alten Rechte teilzuhaben. Der Ausdruck „Vorheriger oder alter Besitzer“ schließt diejenigen russischen Handels- und Industriegesellschaften aus, die am Zeitpunkt der Nationalisierung von ausländischen Staatsangehörigen kontrolliert (geleitet) wurden oder am gleichen Zeitpunkt die genannten verhältnismäßig wichtigen Interessen (Aktien oder Obligationen) innehatten und zwar in dem Maße, wo die Mehrheit der ausländischen Interessenten es verlangte. Dieser Ausdruck umfaßt gleichzeitig die Ausländer, die ein Recht auf ein Eigentum haben, das nominell einem russischen Untertan aufsteht. Im Falle, wo eine Forderung auf Grund des gegenwärtigen Vertrages nicht vorgebracht werden kann, können die ausländischen Staatsangehörigen, die Interesse an einer russischen Gesellschaft besitzen, auf Grund des vorerwähnten Artikels eine Entschädigung für verursachte Schäden an einem Interessenten in der genannten Gesellschaft verlangen. Bei der Regelung der Forderung und Gewährung einer Ersatzleistung bezüglich des Privateigentums wird Berücksichtigung gegeben werden für die Rechte, die Dritte an dem fraglichen Eigentum haben könnten. Dort, wo das Eigentum Schäden davongetragen hat und wo sie dem Vorarbeiten und Unterlassen der russischen Sowjetregierung auszuweisen sind, wird von dem gemischten Schiedsgericht eine Entschädigung festgelegt werden gemäß den allgemeinen Prinzipien des internationalen Rechtes.

VIII. Es werden Maßnahmen getroffen werden von der russischen Sowjetregierung, um den ausländischen Unterthanen zu ermöglichen, ihre Forderungen an Privatpersonen im Auslande geltend zu machen. Wenn die Rabluna dieser Summe durch das Vorarbeiten oder die Vernachlässigung der russischen Sowjetregierung unmöglich gemacht werden sollte, wird die Rablunasverpflichtung dieser Regierung unterliegen.

IX. Die geldlichen Entschädigungen bei Annahme des Artikels 4a werden durch die Ausgabe neuer Gutscheine zu 5 Prosa für den von dem gemischten Schiedsgerichtshof festgesetzten Betrag geregelt werden. Die Bestimmungen des Rinfendentes für diese Gutscheine und die Amortisationen dieser Gutscheine werden „mutatis mutandis“ denjenigen der alten Obligationen analog sein, die von der unter 6a festgesetzten Schiedsgerichtskommission festgelegt wurden.

X. Es werden für jedes Land gemischte Schiedsgerichtshöfe errichtet, um bezüglich der Ersatzleistungen zu entscheiden, die in Erfüllung der gegenwärtigen Artikel an gewährt werden. Diese Schiedsgerichtshöfe werden für jedes Land aufammengelegt sein von einem durch die russische Sowjetregierung ernannten Italiener, von einem durch die Regierung des interalliierten Unterthanen ernannten Italiener und von einem Präsidenten, der von der gemischten Schiedsgerichtskommission, die im Artikel 6 vorstehend ist, ernannt wird.

XI. Für die möglichst ideale Wiederinbetriebsetzung der Unternehmungen, welche es auch sein mögen, die ausländischen Unterthanen vor den Ereignissen des Jahres 1917 gehörten, und für die Errichtung der Unternehmungen, die von arößer Hilfe für die schnelle Wiederherstellung Rußlands sind, verpflichtet sich die russische Sowjetregierung alle die Maßnahmen zu ergreifen, um den unerschütterlichen Schutz der Personen, des Eigentums und der Arbeit der ausländischen Unterthanen zu sichern. Zu diesem Zweck wird die Verwirklichung des Rechtes in Rußland in Gemäßheit der Bestimmungen des Artikels 5 des Vertrages der Sachverständigen von London organisiert werden. Die Aufenthaltsbedingungen der ausländischen Unterthanen und die Bedingungen für deren Handel

In Deutschland werden nach Moskauer Bes in Artikel 7 bis 17 genannten Verträge festgesetzt werden.

XII. Im Einverständnis mit der russischen Sowjetregierung werden besondere Verordnungen erlassen werden, die die Regelung der Frage bezüglich der Liquidation der Vorkriegs-verträge zwischen russischen und ausländischen Untertanen betreffen und bezüglich der Frage der Vorkriegs-, der Dauer und des Abkisses des Verfalls. Die Sowjetregierung wird der rumänischen Regierung die in Moskau von derselben deponierten Werte zurückgeben.

Verhandlungen im französischen Ministerrat und Senatsausschüsse.

Paris, 8. Mai. Kurz nach 8 Uhr verbreitete die Agence Havas folgende offizielle Mitteilung: Der Ministerrat ist um 2 1/2 Uhr im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten zusammengetreten. Im Namen sämtlicher Mitglieder dankte Ministerpräsident Poincaré Barthou für das Talent und die Autorität, die er in Genua entfaltet habe, um die Arbeit der Konferenz zu erleichtern und gleichzeitig die französischen Interessen zu verteidigen. Der Ministerrat nahm von den aus Genua und Brüssel eingetroffenen Nachrichten Kenntnis. Nach Prüfung der Meldungen hat die Regierung einstimmig beschlossen, daß Frankreich sich nicht von Belgien trennen werde. Barthou wird Freitag vormittag nach Genua zurückkehren.

Im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wurde die Möglichkeit einer Zusammenkunft des Obersten Rates erwogen. Die Ansicht der Mehrheit ging dahin, daß es unzulässig sei, daß die Zusammenkunft in Genua oder in der Nähe der gegenwärtigen Konferenz stattfindet. Sollte eine weitere Sanktion, entweder von den Alliierten oder von Frankreich allein, beschlossen werden, so steht außer Zweifel, daß die in Erwägung gezogenen Operationen mit den Mitteln (gemeint sind wohl militärische — Red.) ausgeführt werden können, über die man gegenwärtig verfügt, ohne daß man zu besonderen Maßnahmen zu greifen braucht.

Stimmung an Schiffsberlin.

Genua, 8. Mai. Stimmung der Vertreter der polnischen Delegation, hat auf Schiffsberlin Brief vom 30. April eine Antwort gesandt, in der es u. a. heißt: Er stelle in erster Linie fest, daß, wenn die russische Delegation wirklich auf Grund des Protokolls von Nizza vom 30. April 1922 der Ansicht sei, es sei opportun, die Aktionen der beiden Delegationen in Genua miteinander in Einklang zu bringen, so würden die Russen sicher die polnische Delegation befragen, bevor sie den Vertrag von Rapallo vom 16. April geschlossen hätten. Ferner sei festzustellen, daß in seinem Augenblick davon die Rede gewesen sei, daß Kaufmann in den von Russland abgeschlossenen Verträgen annulliert würden. Weiter heißt es in dem Briefe, es sei anzunehmen, daß hiermit der Gegenstand des Briefwechsels der letzten Zeit erledigt sei. Die Gelegenheit sei günstig, ein Mißverständnis zu avertieren. Die russische Delegation könne die Haltung Polens gegenüber dem Problem des Wiederaufbaus falsch auf. Die polnische Delegation, die die Interessen Polens im Auge habe, wünsche eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland. Es müsse aber zu ihrem Bedauern festgestellt werden, daß durch das merkwürdige Zusammenreffen mit dem Abschluß des Vertrages von Rapallo die Ausübung der Bestimmungen des Protokolls von Nizza völlig aufgehört habe, und mit einem offensichtlichen Mißverständnis gegenüber Polen sei eine ganze Menge Einwendungen gegen die Kaufmann des Abkommens von Nizza gemacht worden. Der Brief schließt: Mit den vorstehenden Ausführungen sei hoffentlich jedes Mißverständnis aufgeklärt.

Dr. Hermes' Bericht über Genua.

Berlin, 4. Mai. In der gestrigen Sitzung des Reichs-Kabinetts erstattete Reichsfinanzminister Dr. Hermes über die Arbeiten in Genua, sein Memoire betreffend. Bericht. Im Anschluß daran empfing Dr. Hermes die Arbeiterführer.

Nach der „Deutschen Allg. Zeitung“ hat ein Teil der deutschen Sachverständigen Genua bereits verlassen. Ein Teil der deutschen Delegation, wahrscheinlich auch der Reichswirtschaftsminister Schanidt und die Mehrzahl der Sachverständigen werden noch im Laufe dieser Woche nach Deutschland zurückkehren. Voraussichtlich werden dann nur noch der Reichsminister und der Reichsminister des Auswärtigen mit einer kleinen Zahl von Referenten und technischen Hilfskräften in Genua zurückbleiben.

Das Reparationsproblem.

Paris, 4. Mai. Spezialdienst aus Genua. Von unserem H-Sonderberichterstatter. Poincaré teilte gestern Lloyd George offiziell mit, daß es ihm nicht möglich sein werde, an den alliierten Beratungen über das Reparationsproblem vor dem 31. Mai teilzunehmen, weil bis dahin ausschließlich die Reparationskommission ermächtigt sei, in dieser Angelegenheit zu entscheiden. Lloyd George erwiderte, daß es ihm im Juni kaum mehr möglich sein werde, an einer detaillierten Tagung teilzunehmen.

Die Nichte aus Amerika.

Eine heitere Geschichte von G. von Stolzmann. [32]

Obel Wogenhoff dachte nach. „Möglich“, sagte sie. „Wahrscheinlich war damals viel zu aufgeregt, um sich die Einzelheiten klar zu machen. Gildes Flucht übernahmte ihn vollkommen, und er war wohl auch zu stolz, zu tief getroffen, um sie seinen Untergebenen gegenüber zu erwähnen.“

„Jedenfalls will ich den alten Moser auffuchen, wann macht er Herababend?“

Das junge Mädchen lächelte trüb. „Er hat schon lange Feierabend gemacht, und für immer, Herr Elstermann, seit zwei Jahren ist er tot.“

„Schade, sehr schade, und die Hinterbliebenen?“

„Kinder hatte er nicht, aber seine Frau lebt noch, vielleicht kann die sich der näheren Umstände von Gildes Flucht erinnern.“

Sie sprach noch weiter über die Verschollene, ihr Aussehen, ihre Liebhabereien, ihre kleinen Eigentümlichkeiten, und schließlich zeigte Obel dem Detektiv eine kleine Photographie, die ihre Mutter noch besaß, und als heimlichen Schatz eifersüchtig hütete. Dabei sagte sie:

„Mein Bild konnte niemals Gildes Wesen getreu widerspiegeln, sie hatte etwas Königlich-Geheimnisvolles in ihrer Haltung, und neben ihrer Schönheit eine große Anmut der Bewegungen. Ihr Gehen war ein Schreiten, und Lächeln und ich sah aus wie die Aschenbrödel neben ihrer stolzen Erscheinung.“

„Da hatte sie wohl auch viele Verehrer?“, fragte er forschend und erwartete eine bejahte Antwort, aber Obel entzückte ihn.

„Keinen einzigen“, sagte sie ruhig. „Die jungen Leute im Geschäfte mögen wohl für sie geschwärmt haben, und auf der Straße traf sie oft ein bewunderndes Blick, aber Vater ließ sie keinen an sie heran, und unter den Verwandten war auch niemand, der sich für sie begeisterte. Sie war wohl allen zu klug und zu klug. Die jungen Herren entsprachen nicht ihren Idealen. Sie lebte nicht in der Wirklichkeit, sondern in einer höheren Welt, und Kunst und Poesie waren das einzige, worfür sie sich interessierte.“

Eine Stunde später sah Herr Elstermann in einem sauberen Stübchen bei der alten Frau Moser, die in einem väterlichen Aufnahmegeräte saß, und brachte sie, unter irgend einem Vorwande, auf die Wogendorffs und Gildes Flucht zu sprechen.

Paris, 4. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Staatssekretär Dr. Bergmann ist gestern abend aus Genua in Paris eingetroffen. Man bringt seine Reise mit Verhandlungen mit Mitgliedern der Reparationskommission betreffend die Aufnahme einer internationalen Reparationsanleihe in Verbindung. Bergmann soll bestimmte Vorschläge wegen Ausgabe einer deutschen Anleihe von 4 Milliarden Goldmark überbracht haben, welche durch die inbrünstigen Worte garantiert wird. Gerüchtelei verlautet, daß die französische Regierung sich dazu geäußert habe, sofort nach Paris zurückzukehren, um die Verhandlungen mit Bergmann zu führen.

Eisners Fälschungen.

Im Verlauf des Fischenbach-Prozesses kam es nach einer Meldung aus München am Dienstag nachmittag zu einer dramatischen Szene. Rechtsanwalt Löwenfeld erwähnte, daß der Sachverständige Graf Montgelas während des Krieges und noch zur Zeit der Eisnerschen Veröffentlichungen ungefähr die gleiche Überzeugung von Deutschlands Kriegsschuld gehabt habe, wie Kurt Eisner.

In seiner Erwiderung führte Graf Montgelas aus, daß das richtig sei. Er habe sich jedoch durch das Attentat eines anderen belehren lassen, und tiefe Erkenntnisse seien auch heute noch nicht abgeschlossen. Als Beispiel führte er an, daß er noch vor einem halben Jahr der Überzeugung Ausdruck gegeben habe, daß Deutschland gegenüber der russischen Mobilmachung nicht Anlaß gehabt hätte, seinerseits mobil zu machen. Inzwischen aber sei ihm das Telegramm des russischen Militärattachés in Paris bekannt geworden, das dieser am Abend des 31. Juli nach Petersburg aufgegeben habe. Der französische Kriegsminister habe dem Militärattaché in Petersburg und gehobener Töne versichert, daß die französische Regierung den Krieg gegen Deutschland unbedingt führen werde und sie erwarte, daß Russland Österreich als Quantität négligeable betrachte und seine ganze Kraft gegen Deutschland richten werde. Wenn sich auch die deutschen Sozialisten dazu durchdrängen, vor dem Ausland zusammen mit dem übrigen deutschen Volk die Stimme gegen die Schuldfrage zu erheben, dann würden sie die Konsequenz gezogen haben, die sie Deutschland schuldig seien.

Der von Graf Montgelas unmittelbar angerufene Kläger Fischenbach erhob sich hierauf und sagte, man könne Kurt Eisner keinen schweren Vorwurf aus seinen damaligen Irrtümern machen, wenn man bedenke, daß selbst ein deutscher Divisionsgeneral, wie Graf Montgelas, damals von der Schweiz aus den gleichen Überzeugungen Ausdruck gegeben habe. Wenn Kurt Eisner die von ihm selbst verlangte Herausgabe der ganzen Kriegssachen noch erlebt hätte, dann würde er, das sei seine Fischenbachs Überzeugung, vielleicht gleichfalls auf der Ansicht gekommen sein, daß die Behauptung von Deutschlands alleiniger Schuld am Kriege unhaltbar sei. Er für seine Person habe zu erklären: Ich habe die Überzeugung von der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege nicht mehr. Ich bin andererseits aber auch nicht überzeugt von Deutschlands Unschuld am Kriege.

Gefordert Graf Löwenfeld bewahrte sich darauf nochmals in einer Erklärung entschieden dagegen, in seinem Briefe Ministerpräsident Hertling aus einer Unwahrheit angeklagt zu haben. Es habe ihm die Möglichkeit vorgeschwebt, daß Hertling dem französischen Geschäftsträger gegenüber vielleicht etwas sagte, was nicht ganz richtig sei und was den französischen Geschäftsträger aus seinem Glauben haben bringen könnte. Er habe Hertling nur veranlassen wollen, gegebenenfalls die Unrichtigkeit richtig zu stellen. Hertling habe das Ultimatum nicht genannt. Die Antwort Hertlings stelle dies vollkommen klar.

Es folgte sodann das Gutachten des Professors Dr. Caro, der schließlich sein Urteil dahin zusammenfaßte, daß Eisner sich einer bewußten Fälschung schuldig gemacht habe. Hierauf kommt der Sachverständige Professor Dr. Timme zum Wort, der der Anschauung ist, daß bei der Publikation Eisners eine Fälschung vorliege, und daß sich Eisner durchaus bewußt gewesen sei, daß er durch die Verfälschung des Dokuments eine Fälschung begehe.

Der nächste Sachverständige, Johannes Lepsius, hat zusammen mit Dr. Timme die deutschen Akten von 1871 bis Kriegsausbruch bearbeitet. Der Sachverständige führt aus, daß der Inhalt der Vorwürfe der doppelten Buchführung keineswegs gemacht werden könne. Die deutsche Regierung brauchte sich nicht, wie die englische, auftragen zu lassen und brauchte keine Antwort zu geben. Der Sachverständige kommt ebenfalls zu der Feststellung, daß bei der Eisnerschen Veröffentlichung eine Fälschung unterlaufen sei. Das Gravierendste an Eisners Aktenstück sei, daß dort alles unterdrückt ist, was bei oberflächlicher Beträge den Eindruck erwecken würde, daß die deutsche Politik ein Übergreifen des verblichenen Konflikts auf Europa verhindern wollte.

Darauf wird Ministerialdirektor Dr. von Müller als Zeuge vernommen. Er gibt an, in einem Aktenstück sei eine Abschrift des Schoenichen Briefes gefunden worden, die den Vermerk trage, daß sie in Berlin gefertigt und in der Wohnung Eisners gefunden worden sei. Die Unterschrift lautet ge. Schoen. Darauf nimmt noch Rechtsanwalt Dr. Voewenfeld das Wort, um im Hinblick auf die „München-Zugbringer Abendzeitung“ festzustellen, daß weder er, noch sein Mandant, noch ihnen politisch stehende Kreise an der Veröffentlichung im „Tempo“ mitgewirkt hätten.

„Gott ja, die Gilde“, sagte die Greisin nachdenklich, „von der hielt mein guter Mann mehr, als von allen anderen zusammen genommen. Er konnte ihr nichts abschlagen, brachte ihr heimlich die Bücher, die sie gern lesen wollte, und besorgte ihr auch sonst mancherlei, wovon der Herr nichts wissen durfte. Wannig leid hat ihm das Mädchen, das oft ganz verzweifelt war, und als sie eines Abends wieder heimlich in unsere Wohnung schlüpfte, was öfter geschah, und zu meinem Alten sagte: „Moser, ich habe es nicht mehr aus, ich bin mühselig und will nun weg“, da jammerte er wohl über die bevorstehende Trennung, und warnte sie vor allerlei Gefahren, aber er rebete ihr nicht ab, und versprach, ihr in jeder Weise zu helfen, soweit ihm das möglich war. Das hat er denn auch getan. Er kaufte ihr Gepäck heimlich auf den Bahnhof und schloß vor Tau und Tage die Haustür auf.“

„So, so“, meinte Elstermann, „da kamme er wohl auch ihre Pläne und wußte, wo sie hinwollte?“

„Ne“, sagte die alte Frau, „das wußte er nicht, denn die Gilde wollte es ihm partiell nicht sagen, aus Angst, daß er sich dem Herrn gegenüber verraten könne, — aber daß sie zuerst nach Hamburg wollte, das merkte er ja, und zuletzt sagte er ihr noch, sie solle sich die Adresse seines Bruders aufschreiben, für den Fall, daß sie nach Berlin reiste und dort in Verlegenheit käme. Mein Schwager war nämlich Souffleur an einem von den großen Theatern, den Namen habe ich vergessen, und seine Frau Garderobiere bei den Schauspielerinnen, wissen Sie, so hinter den Kulissen. An den hat mein Mann denn auch gleich einen Brief geschrieben und ihn vermacht, sich der Gilde anzuschließen, als wenn es unsere Tochter wäre. Die Unkosten, die sie ihm etwa verursachen könnte, würden ihm später erstattet werden.“

„Na, und ist sie zu den Leuten nach Berlin gekommen?“

„Es scheint ja so; denn einmal belamen wir eine Anstalts-postkarte mit einer Menge Namen, und in einer Ecke stand ganz klein ein deutliches G. W. Ich konnte mir keinen Vers daraus machen, aber mein guter Mann wußte gleich, daß das Gildes Wogenhoff heißen sollte, denn er kannte die Handschrift und freute sich unstillig über das Lebenszeichen.“

„Glaubte er, daß sie zur Bühne gegangen sei?“

„Ja, weiter Herr, das glaubte er und meinte, sie sei vielleicht bei demselben Theater angekommen, bei dem sein Bruder Souffleur war, aber wissen tat er nichts. Auf seinem Krankenlager hat er immer noch von der Gilde gesprochen und oftmals gesagt:

Der Zusammenstoß vor dem Berliner Rathaus.

Wie das Wolffsbureau mitteilt, ist über die Vorgänge am Berliner Rathaus eine Untersuchung eingeleitet. Nach den bisherigen Ergebnissen kann schon jetzt festgestellt werden, daß ein Anlaß zum Waffengebrauch durch die Angriffe auf die Menge auf einzelne Polizeibeamte gegeben wurde. Beamte sind tödlich angegriffen worden, auch berittene. Der Gebrauch der blanten Waffe erfolgte instruktionsgemäß zur Vermeidung der gefährlicheren Schußwaffe und vollzog sich in schonendster Weise. Hierfür bieten die entstandenen Verletzungen den besten Beweis. Gegenüber den Behauptungen, daß zwei Tote und 25 Schwerverwundete die Opfer des polizeilichen Einschreitens geworden seien, wird festgestellt, daß von den auf den Rettungswagen behandelten zehn Verletzten lediglich zwei Demonstranten in Krankenhäuser gebracht werden mußten. Einer davon ist bereits nach seiner Wohnung entlassen. Nach einer Umfrage bei allen Krankenhäusern und Rettungswagen ist nirgendwo eine Verwundung vorgekommen. Tote sind überhaupt nicht zu beklagen. Der Polizeipräsident, der auf reifliche Aufklärung der Vorfälle größten Wert legt, hat heute vormittag bereits eine Abordnung der Gewerkschaften empfangen.

Anlässlich der Tumulte vor dem Rathaus wird in Kreisen der Berliner Stadtverordneten angeregt, daß für das Rathaus die sogenannte Pannelei geschaffen wird, so daß jede Demonstration in unmittelbarer Nähe des städtischen Gebäudes verboten ist.

Die Obleute der städtischen Betriebe berieten am Mittwoch über die Vornahme bei der Demonstration. Der Oberbürgermeister der Stadt Berlin sowie die Direktion der Berliner Straßenbahn wurden davon in Kenntnis gesetzt, daß die Funktionäre der städtischen Arbeiter beschlossen hätten, am Donnerstag früh in einen vierundzwanzigstündigen Proteststreik einzutreten. Die Notstandsarbeiten sollen in allen Betrieben verzichtet werden. In der Begründung des Beschlusses wird betont, daß der Streik „wegen der provokatorischen Haltung der Schutzpolizei“ inszeniert werde.

Tatsächlich hat dieser Proteststreik am Donnerstag morgen begonnen. Auch die Straßenbahn hat sich ihm angeschlossen. Da die technische Nothilfe für Gas und Elektrizität eingeleitet und die Versorgung mit Wasser von der Streikleitung ausgelassen worden ist, ist von dem Streik, mit Ausnahme der fehlenden Straßenbahn, am Morgen noch nicht viel zu merken. Gas, Wasser und Elektrizität sind vorhanden. Der Protest der städtischen Arbeiter dürfte sich also in der Hauptsache auf eine nochmalige vierundzwanzigstündige Matzeier beschränken. Darüber, ob die industriellen und sonstigen Betriebe durch die Erschwerung des Eintreffens der Arbeiter und Angestellten in Mitleidenschaft gezogen wurden, ließ sich bisher noch nichts feststellen.

Verchiedene Mitteilungen.

Der Aelterenrat des preussischen Landtags beschloß, daß in der folgenden Woche keine Vollsitzungen stattfinden, um dem Ausbruch Gelegenheit zu geben, die Vorberatung des Haushalts zu fördern. Am 15. Mai werden die Vollsitzungen wieder aufgenommen und bis zum 27. Mai fortgesetzt. Von da ab bis 13. Juni dauern die Pfingstferien.

Die Braunschweiger Kritik. Mittwoch nachmittag hat im braunschweigischen Landtag die große Ausschusssprache über die von dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in den letzten Wochen festgestellten Verfehlungen früherer Minister und über die aufgedeckten Zustände in der Schutzpolizei begonnen. Nach lebhafter Aussprache haben die bürgerlichen Fraktionen den Standpunkt eingenommen, daß die Verantwortung das gesamte gegenwärtig im Amt befindliche Ministerium trifft, und das ganze Kabinett demzufolge den Platz zu verlassen habe. Die beiden sozialistischen Fraktionen lehnten dagegen diesen Standpunkt ab. Da der frühere Minister und Abgeordnete Dörner nach einer gestern abgegebenen Erklärung ein Mißtrauensvotum an der Seite der bürgerlichen Fraktionen wegen der unsozialistischen Haltung der Minister unterstützt, wird die für Donnerstag in Aussicht genommene Abstimmung über die Vertrauensfrage voraussichtlich Stimmengleichheit ergeben, falls nicht die beiden noch nicht zu Worte gekommenen kommunistischen Abgeordneten das Mißtrauensvotum durch Ja oder Stimmenthaltung unterstützen.

Einigung im Tarifstreit des Postgewerbes. Wie der Deutsche Postbeamtenverein mitteilt, haben die am 29. April unterbrochenen und am Mittwoch fortgesetzten Verhandlungen über den Schiedsspruch für den Reichstarif im Postgewerbe zur Verlängerung des Tarifes bis zum 31. Dezember d. J. geführt. Der Reichsverband der Postbeamten bewilligte den im Schiedsspruch für Mai vorgeschlagenen Zulagezuschlag von 20 Prozent. Das Grundgehaltes auch für April. Die Auszahlung der Mehrbeträge für April soll baldmöglichst, die der Abschlagsraten bis spätestens zum 15. d. Mts. erfolgen. Die von den Arbeitgebern in Bezug auf die Gehaltsregulierung der weiblichen Angestellten und der Jugendlichen am 29. April gemachten Konzeptionen und der Wegfall des Leistungszwanges für Überstunden werden aufrecht erhalten. Die Angestellten-Organisationen verpflichten sich, für die Dauer der jeweiligen Gehaltsregulierungen von einer Agitation gegen die unter den gesetzlichen Vorschriften beantragten und zugelassenen Überstunden abzusehen.

„Wenn ich nur wüßte, wie es ihr geht, der armen Deern. So ein schönes, solches Mädchen allein in der Welt, und ohne einen Großen Zuhörer. Das kann gut enden, aber es kann auch schief gehen, und wenn sie untergeht, dann ist der alte Herrmann da oben schuld.“

Elstermann sah nach der Uhr, seine Zeit war um. „Obel Frau“, sagte er, „ich will mich mal nach Frau Gildes umsehen. Können Sie mir sagen, wo ihr Schwager in Berlin wohnt?“

Sie zuckte die Achseln. „Mein, das kann ich beim besten Willen nicht“, meinte sie bedrückt. „Für das Schriftliche ist ich nie gewesen, das hat mein guter Mann besorgt, und seit er tot ist, haben die Berliner auch nichts mehr von sich hören lassen. Ich entfinde mich nur, daß sie damals schrieben, sie wollten umziehen.“

„Wohin?“ haben Sie noch die Karte von damals mit der alten Adresse?“

„Ne“, weiter Herr, die habe ich auch nicht mehr, all die Papiere hatten ja keinen Zweck mehr, ich habe sie verbrannt.“ Elstermann seufzte. „Wissen Sie wenigstens den Namen von Ihrem Schwager?“

„Ja“, sagte sie befriedigt, „den weiß ich. Wilhelm Moser heißt er, und seine Frau nannte mein Mann immer die Fette, also wird sie wohl Henriette getauft sein. Hoffentlich lebt mein Schwager noch; die Brüder waren ungefähr in demselben Alter, und er hatte es mitunter auf der Bange.“

Am nächsten Morgen schrieb der Detektiv an seinen Berliner Mitarbeiter und bat ihn, in Erfahrung zu bringen, ob ein gewisser Wilhelm Moser bei einem der größeren Theater noch als Souffleur angestellt sei, wo er wohne und so weiter. Die Antwort ließ auch nicht lange auf sich warten. — Die Frau war gestorben, der Mann noch im Amt, aber seit dem Beginn der Theaterferien bei einer verheirateten Tochter im Spreewald. Der Ort war genannt.

Nun hieß es, die neue Spur zu verfolgen, und Herr Elstermann tat das ohne Zeitverlust in höchstgeheimer Person. Er fand den alten Moser bei seinem Schwagerohn, dem Wagners-restaurant einer kleinen Station, markierte den Sommerfrischler, der Berlin genau kannte, vermittelte ihn in ein Gespräch und bat ihn schließlich, mit ihm ein Glas Bier zu trinken. Der Alte tat das gern, rauchte mit behaglichen Elstermanns Zigarren, und wurde heiter und gesprächig, als die Rede auf Nichte und seinen verstorbenen Bruder kam. Gildes erwähnte er anschließend gang von selbst.

(Fortsetzung folgt.)

Letzte Nachrichten des Abendblattes.

Die Konferenz von Genua.

Die Ausbeutung der russischen Petroleumquellen.

* Paris, 4. Mai. (Spezialdienst von Genua. Von unserem H-Sonderberichterstatter.) Allen gegenständlichen Nachrichten zum Trotz kann mit Sicherheit behauptet werden, daß der Vertrag zwischen dem Sowjet-Regime in Genua und der Schall- und der Rohal durch Company für fünf Jahre abgeschlossen wurde. Das Abkommen kann nach Ablauf dieser Frist erneuert werden. Die Schall-Company erklärt sich mit der neuen russischen Handels-gesellschaft einverstanden, ebenso damit, daß der russische Staat an dem Gewinne der Unternehmungen teilnimmt. Die Ausbeute der Petroleumfelder in Baku und Batum soll sofort beginnen.

Der Unterstaatssekretär Gynac aus dem französischen Handels-ministerium wurde dringend nach Genua abgefordert, um noch zu retten, was noch zu retten ist. Gemäß dem Abkommen in San Remo bekommt Frankreich ein gewisses Petroleumkontingent aus Mesopotamien und zwar ein Viertel dessen, was Frankreich in der dortigen Petroleumgesellschaft befaßt, drei Viertel fallen England zu. Dadurch ist aber der Petroleumbedarf Frankreichs nicht befriedigt. Es sieht nunmehr vor dem Dilemma, mit den Bolschewikern über Petroleumkonzessionen zu verhandeln, oder aller Anteile verlustig zu gehen. Frankreich rechnet in dieser Frage auf die volle Unterstützung Amerikas, welches durch den Gang der Verhandlungen zwischen den Russen, Engländern und Holländern außerordentlich mißvergnügt ist.

Rußland fühlt sich zurückgesetzt.

* Paris, 4. Mai. (Spezialdienst aus Genua. Von unserem H-Sonderberichterstatter.) Tschitscherin richtete einen neuen Brief an Poincaré, in dem es heißt: Die Wirtschaftskommission hat ein eigenes Komitee eingesetzt, um sich mit Arbeiterfragen zu beschäftigen. Der Präsident der genannten Kommission hat aus eigenem Antrieb die Wähler eingeladen, welche in dem erwähnten Komitee vertreten sein sollen. Darunter befindet sich auch ein Land nicht, obwohl es der erste Staat ist, dessen Verfassung und Politik auf der Verteidigung der Arbeiterinteressen aufgebaut wurde. Im Namen der russischen Arbeiterbewegung protestiert Tschitscherin dagegen.

Eine Extratour Italiens.

w. London, 3. Mai. Die „Times“ meldet: Dem britischen Auswärtigen Amt ist von dem italienischen Votschaffer in London mitgeteilt worden, daß die italienische Regierung mit der türkischen Angoraregierung ein wirtschaftliches Übereinkommen abgeschlossen habe. Das britische Auswärtige Amt hat an die italienische Regierung einen Protest gegen die Aktion der italienischen Regierung gerichtet, da eine gemeinsame Aktion der Alliierten notwendig sei, um die Friedensverhandlungen zu erleichtern.

gz. Hindenburgs Ostpreußenfahrt. Das Reiseprogramm Hindenburgs durch Ostpreußen steht, wie dem Grenzlanddienst aus Marienburg gemeldet wird, nunmehr fest. Hindenburg wird am 24. Mai in Allenstein eintreffen und am Nachmittag sich nach Osterode begeben. Ferner sind u. a. vorgezeichnet Besuche in Marienburg am 31. Mai und in Königsberg Anfang Juni.

Der Reichsprozess mit der internationalen Schlafwagen-gesellschaft. Am Mittwoch begann der von der internationalen Schlafwagen-gesellschaft (Wissel) gegen das Deutsche Reich anhängig gemachte Prozess, in welchem die Schlafwagen-gesellschaft die Herausgabe aller ihr während des Krieges weggenommenen Wagen sowie volle Entschädigung für den erlittenen Schaden fordert. Die Verhandlungen finden vor einem gemischten Schiedsgericht statt, dessen Vorsitzender der Dekan der juristischen Fakultät der Universität Genf ist. Deutscher Schiedsrichter ist Hoene, belgischer Rolin. Rechtsanwält Hymans, der auf der ersten Generalversammlung des Völkerbundes den Vorsitz führte, leitet als Vertreter der Schlafwagen-gesellschaft den Sachverhalt dar und verlangt die Zurückgabe der weggenommenen Schlaf-wagen, die in Deutschland für ein Konfurrenzunternehmen ver-
kehrten. Hymans wird am Donnerstag seinen Vortrag fortsetzen, den er in drei Sitzungen zu beenden gedenkt. Voraussichtlich dürften die Verhandlungen zehn Tage beanspruchen.

Ein jugenbildlicher Diebstahl. Bei der Bank in Nürnberg ist seit Mittwoch nachmittag ein sechszechneinhalbjähriger Lehrling verschwunden, der folgende Werte mitgenommen hat: Eine Tausendmarkennot, siebenhundert Frank belgische Noten, tausend Frank französische Noten, fünfzehnhundert Lire italienische Noten, eine Million Kronen deutsch-österreichische Noten (Schwede zu zehntausend Kronen) und dreitausendbelgische Franken Schweizer Noten. Es wird gebeten, von verdächtigen Wahrnehmungen die Polizei in Kenntnis zu setzen.

Das Unweien der polnischen Banden.

* Über neue Überfälle polnischer Banden wird aus Oberschlesien gemeldet:

w. Antonienhütte, 4. Mai. Gestern nachmittag wurde einem Bergpraktikanten von bewaffneten Leuten auf offener Straße ein Fahrrad geraubt und der Beraubte dann mißhandelt. In der Nacht wurden dann einige Geschäfts-läden ausgeplündert. Auch das Gütergasthaus wurde schwer beschädigt. Ein Kaufmann und ein Gasthausbesitzer wurden in ihren Wohnungen beraubt. Einem Kleinfuhrhändler raubten Banditen 1400 Mk. In der Nacht wurden einem Fleischermeister aus der Wohnung 62000 Mk. entwendet. Einem Bäckermeister wurde in die Wohnung eine Handgranate geworfen, die bedeutenden Schaden angerichtet hat. Die Gemeindevorstände und die zur Verstärkung herangezogenen Beamten der Oberschlesischen Polizei konnten gegen die bewaffnete Übermacht der Banditen nichts ausrichten. Die maßgebenden Stellen wurden um Hilfe gebeten.

Allerlei Neues.

b. Aus Augsburg wird uns geschrieben: Zu seiner und seiner Brüder ewiger Ruhelage hatte der berühmte Augsburger Kaufmann Jakob Fugger in der St. Annakirche in Augsburg 1609 bis 1618 eine Grabkapelle erbauen lassen, die allgemein als das älteste bedeutende Renaissancebauwerk auf deutscher Erde gilt. Allerdings war durch die Restaurierung der Kapelle im Jahre 1818 die Architektur und Ausstattung des Raumes gewissermaßen entstellt worden. Nun ist es unter Anleitung des Direktors des Bayerischen Nationalmuseums Palm gelungen, die Kapelle in ihrer ursprünglichen Architektur und Ausgestaltung annähernd wieder herzustellen, nachdem eine Reihe von Skulpturen, die in Schwaben verstreut waren, wieder entdeckt und ihrem ursprünglichen Bestimmungsorte zugeführt wurden. Nachdem jetzt die Rekonstruktion der Kapelle fast vollständig vollendet wurde, ist die erste Renaissancekirche Deutschlands wieder dem Gottesdienste zurückgegeben worden.

ss In Prag sind die Mitglieder des neuen deutschen Theaters in den Streit getreten, weil Direktor Leopold Sommer nicht in der Lage ist, die Wagen auszuheben. Die Direktion geriet in diese Schwierigkeiten, weil sich keine einzige Regierungsstelle für zuständig erklärte, den Schaden für den Raub und die immer noch verzögerte Rückgabe des Prager Landestheaters durch die Tschechen zu leisten.

Am 26. April entfiel auf dem Treppenaufgang zur Villa Plüschke in Rosenburg eine heftige Explosion, die einen Teil der Treppentreppe wegriß. Die Villa selbst ist nicht beschädigt. In dem gegenüberliegenden Landratsamt wurden durch den Luftdruck fünf Fensterheben eingebrochen. Ein englischer Offizier, der im Augenblick der Explosion an der Straßenecke bei der Villa vorüberging, wurde von Sprengstoffen an Kopf und Brust verletzt. Bei einer Besprechung der deutschen Vertreter am Tage nach der Explosion beim Kreisrat wurde zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Bevölkerung mit dem Anschlag nichts zu tun habe und der Meinung sei, daß es ein von polnischer Seite zum Zweck der Verdächtigung der Deutschen verübter Anschlag sei, der vielleicht den Eindruck haben werden sollte, als sei er dem in der Villa Plüschke wohnenden französischen Oberleutnant zugebracht gewesen. Dieser war jedoch nach Mitteilung der „Kattowitzer Zeitung“ nicht zu Hause.

In Scharlach, Kreis Ratibor, wurde der Oberwachmeister Langosch von Banditen in einem Restaurant überfallen. Sie verprügelten ihn und versuchten, ihn fortzuschleppen; es gelang ihm jedoch, zu entkommen. Die herbeigerufenen Gemeindevorstände konnten dem „Oberleutnant Anzeiger“ zufolge angeblich dem Verdrängen keinen Schutz gewähren, da sie die Übermacht der Banditen fürchteten.

Ein Zwischenfall.

ss Ein der interalliierten Regierungen- und Plebiszit-Kommission in Appeln unterstellter Motorradfahrer, der auf einer Dienstreise verkehrtlich in das unbesetzte Gebiet geraten war, ist angeblich im Dorfe Ederdors, Kreis Rastlau, angegriffen und mißhandelt worden. General Le Rond hat wegen dieses Zwischenfalles bei dem deutschen Bevollmächtigten für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien Beschwerde erhoben. Die deutschen Behörden sind angewiesen worden, alle erforderlichen Ermittlungen zu unternehmen, um eine baldige Aufklärung des Zwischenfalles herbeizuführen und die Schuldigen festzustellen.

Auf dem Hauptbahnhof wurde einem Barbier am 1. Mai eine schwarze Papierzigarette mit 155 Mk. und einem Gefäßchen gefüllt: den letzteren benutzte der Dieb, um das Gefäß einzulösen und sich anzueignen. Es befanden sich darin ein dunkler Arbeitsanzug, ein Jackett, drei weiße Hemden und drei Unterhosen.

Börsenberichte.

Berliner Dollarkurs: 286-287 1/2.

Berlin, 4. Mai. Börse. Anfangsbericht. (Eig. Tel.) Die Ungewissheit der politischen Zukunft und der Defizientenstellung der Wirtschaft hat die geschäftliche Tätigkeit lähmend ein. Ausgehend von der Befürchtung, daß der heutige Proteststreik der Berliner städtischen Arbeiter weitere Kreise ziehen könnte, Dollarkursen fielen mit etwa 286-287 1/2 ein. Im Effektenmarkt war die Stimmung lustlos. Das Angebot war nicht gerade sehr dringend, doch die Aufnahmemeinung sehr gering. Infolgedessen überwiegen Preisrückgänge. Am Montanmarkt stellten sich niedriger: Bodumer 1040 (-50), Buderus 840 (-60), Deutsch-Luxemburger 970 (-37), Essener Steinkohlen 1225 (-30), Gelsen-länder 1020 (-40), Harpener 1770 (-55), Hohenlohe 855 (-65), Laurahütte 2125 (-200), Lotharinger Hütte 800 (-60), Oberbedarf 900 (-65), Caro 770 (-45), Phönix 1130 (-35), Rheinische Braunkohlen 1290 (-20), Rhein-lah 1076 (-44), Riebeck 1800 (-100), Rombacher 640 (-45), Söck 1280 (-9), Salzwerte aumeist niedriger. Westeregeln (-75), Altkreisleben (-60), Deutsche Realwerke (-75). Ferner notierten: Seilbühn 1480, Hannover Stahl 1200, Alster 1340, Halle Kali 1475, Mansfelder 23600. Deutsche Petroleum-Gesellschaft 2140, Internationale Petroleum-Union 2500 schwächer. Kolonialwerte still. Bananien aumeist widerstandsfähig, doch Berliner Handels-anteile -18. Österreichische Staatsbahn und Canada aumeist fest. Von fremden Bahnen verloren Schantung 12 Proz. Schiff-fabrikaktien gingen 15 Proz. zurück, doch Vereinigte Elbe +3. Anilinwerte gaben bis 25 Proz. nach und Elektrizi-tätsaktien bis 30 Proz. Von verschiedenen Industrie-papieren tendierten niedriger: Schenkerhoff (-75), Daimler (-18), Deutsche Maschinen (-60), Deutsche Waffen (-45), Hartmann (-67), Gebr. Köting (-50), Löwe (-30), Orenstein (-55), Guderthal (-93), Girard Kupfer (-20), Linde-Hofmann (-18), Norddeutsche Wölle (-45), Stöhr (-65). Heimische Staatspapiere aumeist schwächer, besonders 3 Proz. Reichs-anleihe (-23 1/2 Proz.). Mexikaner matter. Ungarn schwächer. Berliner Notenkurse vom 4. Mai. Anfangskurs. (Eig. Tel.) Dollar 286-287 1/2, Holland 1100, Frankreich 2635, Schweiz 5575, Englische Noten 1285, Polnische Noten 720, Ungarn 58, Österreichische Noten 360, Rumänien 210.

Breslau, 4. Mai. Die Börse verkehrte in großer Lu-stlosigkeit. Es kam nur sehr wenig Material an den Markt und die Geschäftstätigkeit hielt sich in sehr engen Grenzen. Da aber nur geringe Kaufkraft bestand, so gaben die Kurse auf allen Gebieten leicht nach. Am Asienindustrie-markt waren von obersteleischen Montanwerten nur Oberbedarf um 45 Proz. schwächer, während die anderen Montanwerte überhaupt nicht zum Handel kamen. Am Zement-markt kamen nur die seit längerer Zeit nicht gehandelten Groß-händler mit 925 zur Notiz. Der Terranmarkt lag wieder gänzlich vernachlässigt und unaktiv. Am Rudermarkt hielten sich Froebelner auf ihrem gestrigen Stande, während Gahnauer um 15 Proz. nachgaben. Etwas mehr rückgängig waren Textilwerte, von denen Kransia sich um 70 Proz., Schle-fische Textil um 50 Proz. und Meyer-Kaufmann um 45 Proz. abschwächten. Auch am Markt der Spezialwerte kamen nur wenige Werte zu überwiegend niedrigen Kursen zum Handel. Niedriger fielen sich: Düwerte (-31), Guta (-25), Linde-Hof-mann (-50), Schlefische Gas B (-10) und Hydrometer (-50). Während sich Freiburger Uhren auf ihrem gestrigen Stande be-haupteten, am Bankmarkt lagen Schlefische Wobankaktien unberührt. Auch der freie Verkehr hatte nach-gelassene Kurse aufzuweisen. Starte & Hofmann wurden mit 775 G., 785 G., Christoph & Unmad mit 720 G., 740 G. und Öst-deutsche Elektrizitätswerte mit 315 G., 335 G. bezahlt. Rühr & Wolf waren mit 725 G., 745 G. und Gortauer Societätsbrauerei mit 580 G., 550 G. wenig verändert. Polnische Noten waren ebenfalls rückgängig und stellten sich auf etwa 710 G., 730 G. Tschechische Noten gaben auf 560 für große Stücke nach. Der

Markt der heimischen Anlagepapiere und In-dustrieobligationen war bei wenig veränderten Kursen ruhig.

Anleihen. Deutsche Pfandbriefe, Industrie-Obligationen.			
4.	3.	4.	3.
3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe	139,00 bz	4 1/2 % Archimedes Part.-Obl.	98,50 B
3 1/2 % do.	87,50 bz	4 1/2 % Bismarckhütte (103)	99,50 B
4 1/2 % do.	94,00 B	5 1/2 % D. Textilw.-Anstalt (102)	99,50 B
5 1/2 % do.	77,15 G	4 1/2 % Donnersmühl (101)	98,00 G
5 1/2 % Prämien-Anleihe	82,75 bz	5 1/2 % Elektr. Str.-Anst. 1907/09	98,00 G
4 1/2 % D. Reichsschatzanz.	72,25 G	5 1/2 % Elektr. Werk Schlesien	100,00 bz
4 1/2 % do. à 110 %	72,25 G	5 1/2 % Feldmühlw. 1911 (102)	95,00 G
4 1/2 % do. à 100 %	86,50 G	4 1/2 % do. v. 1912 (103)	95,00 G
3 1/2 % Preussische Consols	79,00 G	5 1/2 % do. v. 1914 (100)	108,00 B
3 1/2 % do.	70,25 G	4 1/2 % Haniel Oblig. v. 1919	—
4 1/2 % do.	84,60 G	4 1/2 % do.	—
5 1/2 % Prand. Schatzanz.	100,00 G	4 1/2 % Hohenlohe (100)	80,00 G
3 1/2 % Breslauer Stadlanl.	73,50 G	4 1/2 % Kattowitzer Oblig.	—
4 1/2 % do.	91,00 G	3 1/2 % Laurahütte	—
4 1/2 % Schles. Pfandbriefe A	72,50 B	4 1/2 % do.	—
do. Lit. C.	72,50 B	4 1/2 % Linde-Hofmann (103)	92,00 G
3 1/2 % do. Lit. A.	85,75 bz	4 1/2 % do. (100)	92,00 G
3 1/2 % do. Lit. C.	85,75 bz	4 1/2 % Linde-Hofmann (102)	101,50 G
1 1/2 % do. Lit. D.	85,75 bz	4 1/2 % Meyer-Kaufm. Text. (102)	76,00 G
4 1/2 % do. Lit. A. u. C.	94,00 bz	4 1/2 % O. Schell. Elektr. (103)	76,00 G
4 1/2 % do. Lit. B.	94,00 bz	4 1/2 % do. do. do. (102)	80,00 G
3 1/2 % Pos. Pfandbriefe	—	4 1/2 % do. do. do. (103)	80,00 G
4 1/2 % do. Lit. D. u. E.	—	4 1/2 % do. do. do. (104)	82,00 G
4 1/2 % do. neue	—	4 1/2 % Oberhess. Holzwerk	105,00 B
3 1/2 % Schles. Pfandbriefe	88,00 B	4 1/2 % O. Schell. Chem. (103)	99,00 G
3 1/2 % Schles. Pfandbriefe	88,00 B	4 1/2 % do. Emission 1906 (103)	99,00 G
3 1/2 % Schles. Pfandbriefe	88,00 B	4 1/2 % Schles. Cellulose (103)	87,00 G
3 1/2 % Schles. Pfandbriefe	88,00 B	4 1/2 % Schläschke Gas (103)	75,00 G
3 1/2 % Schles. Pfandbriefe	88,00 B	4 1/2 % Schles. Kalkbrenn.	95,25 G
3 1/2 % Schles. Pfandbriefe	88,00 B	4 1/2 % Steinkohle Kattow.	101,00 B
3 1/2 % Schles. Pfandbriefe	88,00 B	4 1/2 % Var. Freiburg. Uran.	—
3 1/2 % Schles. Pfandbriefe	88,00 B	4 1/2 % Var. Freiburg. Uran.	—

Tschecho-slowak. Staat (neue) 5000er bis 100 Kr. 560,00 bz.

Dividendenwerte.			
4.	3.	4.	3.
Archimedes	1790 abwb	Oberhess. Holzwerk	850 abwb
Breslauer Bank	350 abwb	Opa. Zement (Breslau)	825 - G
do. W.-Fabrik	560 abwb	Ostschles. Altk., Berl.	739 - G
do. W.-Fabrik	1150 - G	do. 4 1/2 % Vorzug-Aktien	95 - G
do. W.-Fabrik	710 abwb	Portland-Zement (Giesels)	2600 abwb
do. W.-Fabrik	1375 - G	Portland-Zement und Zement	500 abwb
do. W.-Fabrik	250 - B	Röhrenwerke	940 abwb
do. W.-Fabrik	2500 - B	Schlesische Bank	131 - G
do. W.-Fabrik	865 - B	Schles. Dampf	680 - G
do. W.-Fabrik	1150 - G	Schles. Eisenhütten	1800 - B
do. W.-Fabrik	1390 abwb	do. Gas-Aktien Lit. A	1260 - G
do. W.-Fabrik	1410 - G	do. do. Lit. B	1035 abwb
do. W.-Fabrik	900 - B	do. do. Lit. C	305 abwb
do. W.-Fabrik	750 - G	do. do. Lit. D	1290 - G
do. W.-Fabrik	1175 - G	do. do. Lit. E	825 abwb
do. W.-Fabrik	2350 abwb	do. do. Lit. F	1070 - G
do. W.-Fabrik	2400 abwb	do. do. Lit. G	1340 - B
do. W.-Fabrik	810 - G	do. do. Lit. H	1025 - G
do. W.-Fabrik	1450 abwb	do. do. Lit. I	830 abwb
do. W.-Fabrik	1025 - G	do. do. Lit. J	350 - B
do. W.-Fabrik	365 - G	do. do. Lit. K	350 - B
do. W.-Fabrik	970 - G	do. do. Lit. L	575 - G
do. W.-Fabrik	805 - G	do. do. Lit. M	1175 - G
do. W.-Fabrik	1350 - B	do. do. Lit. N	1195 - G
do. W.-Fabrik	1075 - B	do. do. Lit. O	400 - B
do. W.-Fabrik	1075 - B	do. do. Lit. P	420 abwb

Gruschwitz Bergb.-Aktien Bezugsrecht: —, 3 1/2 % Bresl. Handels-kammer-Hyp.-Anleihe 80,00 G., Liegnitz-Rawitzer Eisenbahn Stammaktien Lit. A 84,00 G., desgl. Lit. B 65,00 G.

Produktenbörse.

Breslau, 4. Mai. Amtlicher Stimmungsbericht. Getreide: bei schwankenden Debiten unregelmäßiges Geschäft. Preise für Hafer, Gerste nominell. Dillanzen: behauptet. Freie nominell. Kartoffeln: ruhig. Speisefertigwaren (Erzeugerpreis ab Verlade-station) rote und weiße 160 M.

Tägliche Amtliche Notierungen: für 50 Kilogramm:			
Getreide:	4.	3.	2.
Gerste (Sommer)	570-590	570-590	570-590
Gerste (Winter) Uml. 100	540-560	530-550	530-550
Hafer Umlage 90	540-560	530-550	530-550
Gerste	510	500	500
Woggen Umlage 105	510	500	500
Woggen Umlage 115	700	690	690

Amtliche Notierung für 50 kg Dienstag und Freitag.

Getreide:			
4.	3.	4.	3.
Witt.-Grb.-at. d. l. G.	650-700	675-725	675-725
Witt.-Grb.-at. d. l. G.	650-700	675-725	675-725
Witt.-Grb.-at. d. l. G.	650-700	675-725	675-725
Witt.-Grb.-at. d. l. G.	650-700	675-725	675-725

Nichtamtlicher Bericht. Die Stimmung für Getreide war am heutigen Produktenmarkt für Brotgetreide, besonders für Weizen, ebenso für den sehr schwach angebotenen Hafer fest. Für Gerste zeigte sich weniger Begehr. Von Dillanzen waren in Waggons-ladungen gesucht und höher bewertet. Leinamen und Hanf-jamen in feinsten Saattware waren gesucht. In Güllens-früchten war das Angebot mehr als ausreichend, so daß frühere Preise nicht mehr zu erzielen waren; nur Bittelweide war gesucht, aber kaum erhältlich. Die Stimmung am Samereienmarkt war bei schwachen Umsätzen ziemlich fest. Begehr waren wie bisher feinste Sorten in Rot-, Weiß- und Schweißschle, Gelbschle etwas mehr begehrt, Buntschle geschäftlos. Grasfalten etwas ruhiger. Infarnatle hellfarbig letzter Ernte gesucht. Äußerer gefragt, aber fast geräumt. Mais bei starkem Angebot in greifbarer Ware matt. Futtermittel, besonders hochprozentiger Misch- und Kleien etwas mehr Kaufkraft. Heu und Stroh fest. Kartoffeln ziemlich ausreichend zugeführt. Wahlprodukte weiter fest.

WTB. New-York, 3. Mai. Privatdiskont —			
vom	4.	3.	2.
Goldrate	0,33 1/2	0,33 1/2	0,33 1/2
W. Berlin 60 Tg.	9,15	9,18	9,18
W. Paris 60 Tg.	4,40,87	4,40,87	4,40,87
W. London 60 Tg.	4,43,62	4,43,25	4,43,25
W. Antwerpen 60 Tg.	101	100 1/2	100 1/2
W. Brüssel 60 Tg.	47 1/2	47 1/2	47 1/2
W. Amsterdam 60 Tg.	145	141 1/2	141 1/2

Smelting & Refining 58 1/2, Mercantile Marine 26 1/2, Wechsel auf Amsterdam 40,39, do. auf Belgien 8,35, do. auf die Schweiz 19,34, do. auf Madrid 15,53, do. auf Rom 5,32.

silbernen Käben gemoben ist. Die Bauern dieses Gebietes werden dem Herrscher dieses uralte Geheißes Gehör schenken.

Niedrigwasservorhersage.

4. Mai.			
Beobachtet in	4.	3.	2.
Dobruvurth.	1,8 V 12,08	2,8 V 12,30	3,8 V 12,22
Borsausel. für	1,6 N 1,52	2,6 N 1,64	3,6 N 1,62
Stein	2,10 N 1,41	3,10 N 1,55	4,10 N 1,63
Flach	4,3 V 1,12	5,3 V 1,15	6,3 V 1,15
Großen	5,4 V 1,35	6,4 V 1,38	7,4 V 1,38
Kirchberg	5,9 N 0,75	6,9 N 0,78	7,9 N 0,77

Wetternachrichten.

Von der Seewarte. Das Wetter ist bei schwacher Luftbewegung im Osten besser, im Westen trübe und regnerisch, die Temperaturen sind aber normal. Wind: +10, Hamburg +9, Berlin +11, Frankfurt +10, Wien +10, Prag +9, Budapest +8, Warschau +11, Berlin +8, München +8, Wien +8, Wien +8.

Wärmes Wetter mit zunehmender Bewölkung und schwacher Luftbewegung.

Offizieller Wetterbericht: Das mittlere Seebadgebiet befindet sich unter Wetter, das bei westlichem Wind voraussichtlich bald wieder zu neuen Niederschlägen neigen wird. Gleichwohl können diese am Freitag noch einzeln und von Gebieten abgeleitet sein. — Zunehmende Bewölkung, gleichwohl noch neue Niederschläge.